

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 15 · Feb./März · 2022

Bundesregierung reduziert Gesundheitsschutz, Querdenker auf den Straßen, AfD & CDU rücken nach rechts:



**Doch, es gibt eine
Alternative!**

**Rechte von der Strasse fegen!
Gesundheitssystem ausfinanzieren &
verstaatlichen!
Streiken für höhere Löhne & gute Arbeit!**

In dieser Ausgabe: Aufstehen gegen Rechte & Querdenker, Neue Eskalation um Ukraine, Ampelkoalition setzt kapitalistische Offensive fort, 8. März: Frauenkampftag, schockierende Kindesmissbrauchskandale aufgedeckt...

Ampelkoalition setzt kapitalistische Offensive fort.

„Die Bundesregierung, die jetzt unter meiner Führung ihre Arbeit aufnimmt, wird eine Fortschrittsregierung sein“, so kündigte es Olaf Scholz am 15. Dezember letzten Jahres in seiner Regierungserklärung im Bundestag an.

Keine zwei Monate später sind die Unterstützungswerte für die Ampelkoalition eingebrochen. Am 21. Januar veröffentlichte YouGov eine Umfrage, laut der nur knapp über ein Drittel mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden; 45% „(sehr) unzufrieden“ sind.

Was ist der Grund, dass diese Bundesregierung so schlechte Werte bei der Bevölkerung erzielt?

Ankündigter Reformkurs: Leere Worte!

Lasst uns über Worte hinaussehen: Was ist der Inhalt der „fortschrittlichen Reformen“ dieser neuen Bundesregierung?

Hartz IV. Die neue Koalition hat ein „Bürgergeld“ versprochen, das Hartz IV ersetzen soll. Was ist davon geblieben? Wir sehen uns die neue Hartz-Erhöhung an: Sie beträgt 3 Euro! Drei Euro, bei einer Inflation von derzeit 5,3% – die Preise steigen 7x stärker als das Arbeitslosengeld!

Pandemiebekämpfung. Sie haben uns eine Verstärkung des Gesundheitsschutzes versprochen. Was ist geblieben? Die bundesweite Inzidenz liegt bei über 1.400 so hoch wie nie; gleichzeitig wurden Schutzmaßnahmen radikal abgebaut: Die Quarantänezeit wurde verkürzt und die Kontaktnachverfolgung nahezu ganz eingestellt.

Arbeit. Das „Bürgergeld“ soll auf Vermittlung in qualifizierte Arbeit setzen. Aber wo soll diese Arbeit herkommen, wenn der kapitalistischen Krise und dem Kahlschlag der Industrie nichts entgegengesetzt wird? Nachdem Massenentlassungen in der Autoindustrie angekündigt wurden, werden jetzt die MV Werften in Wismar geschlossen.

Jugend. Corona hat Massen von Jugendlichen und Kindern in die Depression getrieben. Doch unsere kapitalistische Regierung ist zu einer Ausrottung des Virus nicht bereit – sie wollen die Produktivität der Betriebe nicht gefährden. Darum müssen sie auf Lockdowns, Schulschließungen und Ausgangssperren setzen. Kinder und Jugendliche treiben diese Lebensbedingungen in die Verzweiflung: Allein im Frühjahr 2021 haben bis zu 500 Kinder (!) einen Suizidversuch begangen. Die Politik der Ampelkoalition, die auf Durchseuchung setzt, bietet dazu keine echte Trendwende!

Reichtum. Schon vergangenen März hat Olaf Scholz als Bundesfinanzminister ein „Steueroasen-Abwehrgesetz“ angekündigt. Noch im Mai danach erklärte er, dass „steuerliche Vorabsprachen“ des Staates mit Unternehmen nicht wie in anderen EU-Ländern veröffentlicht werden sollen. Sein „Steuergesetz“ ist ein Lückenteppich, der multinationalen Großkonzernen nützt – und jetzt hat er seine Geschäfte an Lindner von der FDP übergeben!

Krieg. Die Ampelkoalition spricht von einem Ausbau der „Sicherheitsarchitektur“. Ihre wahre Politik zeigt sich in Zahlen: Waffen- und Munitionslieferungen von 2,2 Mrd.

€ in den ersten sieben Wochen der Legislaturperiode – fast so viel wie im ganzen ersten Halbjahr 2021!

Konflikt in der Ukraine

Sehen wir uns die Ukraine an: Die USA haben eine enorme Kampagne entfaltet, um die Bundesregierung zu schärferen Aggressionen gegen Russland zu treiben. Doch die deutsche Bourgeoisie streitet über den richtigen Kurs und ist zunehmend gespalten. Eine mächtige Fraktion hat enge Verbindungen zu Russland. Erst am 27. Januar hat der „Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft“ erklärt, sich am 3. März mit Putin zu treffen. Auch Olaf Scholz hat einen Besuch bei Putin angekündigt und schweigt über die Forderungen der USA, Nord Stream 2 aufzukündigen.

Gerade seit der großen Krise von 2008 hat sich Deutschland in seinen wirtschaftlichen Beziehungen stärker dem Osten zugewandt. Seit sechs Jahren ist China der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Was Russland angeht, sind vor allem seine Rohstofflieferungen für die deutsche Wirtschaft entscheidend: Der wichtigste Energieträger der deutschen Industrie ist (mit einem Anteil von 31%) Erdgas, von dem Deutschland mehr als die Hälfte aus Russland importiert.

Die Tagesschau berichtet, dass sich auch die LINKE „hinter den Kurs Bundesregierung stellt“. Es ist gut, dass DIE LINKE Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnt! Doch manche ihrer Vertreter gehen zu weit in ihrer Anlehnung an den russischen Imperialismus; Klaus Ernst klingt in seinen Äußerungen regelmäßig wie ein Lobbyist von Nord Stream 2. Aber nein: Putin ist kein Freund der Völker! Er ist der Kopf eines Staates, der die mächtigen Eigeninteressen der Oligarchen und kapitalistischen Großkonzerne verteidigt. Fortschritt kann es nur gegen ihn geben. Erst in den letzten russischen Wahlen fand ein Linksruck statt, was der Unzufriedenheit der russischen Arbeiterklasse mit Putins Regime geschuldet ist. Völkerfreundschaft wird es nur mit ihnen; gegen Putin, Biden, Scholz und Baerbock geben!

Der deutsche Imperialismus ist geschwächt.

Die internationalen Machtverschiebungen verschärfen die zentrifugalen Tendenzen, die sich seit der Krise von 2008 in der EU breitgemacht haben, und mit dem beschleunigten Niedergang der USA als Weltmacht und den Aufstieg Chinas noch verstärkt werden. Für die deutsche Bourgeoisie ist das ein Grund zur Sorge: Das Projekt EU wurde zur Steigerung ihrer Profite und der der französischen Bourgeoisie aufgebaut. Doch das deutsche Kapital musste zusehen, wie die USA unter Trump den Brexit unterstützt haben, und wie Großbritannien jetzt an der Seite von Polen Bidens Außenpolitik in Europa vorantreibt.

Die deutsche Bourgeoisie will Stabilität und Ordnung in der EU. Doch die Neuaufteilung der Welt und der Niedergang der USA sind eine objektive Dynamik, der sie nichts

entgegenzusetzen kann. Die Spannungen auf dem internationalen Schachbrett werden zunehmen; genauso die Konflikte in der herrschenden Klasse. Die instabile Lage der internationalen Beziehungen werden Kräfte im Staat stärken, die sich zurückgelassen und erniedrigt fühlen und das Hochhalten der Flagge des deutschen Imperialismus fordern.

Wir müssen an das Beispiel der USA erinnern: Die Krise und der Abstieg als Weltmacht haben eine Schicht von wütenden Militärs, Staatsdienern und demoralisierten Elementen genährt, die die soziale Basis für den Aufstieg des Trumpismus und der Rechten bilden. Elemente davon können wir in Deutschland erkennen: Angehörige aus Militär und Staatsdienst, die sich nach rechts wenden und in demoralisierten Schichten immer mehr Gehör finden. Sie sind das Produkt der kapitalistischen Krise – der einzige Weg, sie zu schlagen, ist, entschlossen gegen dieses System vorzugehen.

Rechte erstarkt

Die sozialen Widersprüche im Land und die internationalen Konflikte haben die Rechte und die rückschrittlichen Schichten der herrschenden Klasse provoziert. Wir sehen es in der CDU: Mit Laschet wollte sich die Mehrheit der Partei an den Merkel-Kurs klammern. Doch die Strategie führte in die Krise, und nun hält mit Merz der rechteste Kandidat den Vorsitz der Partei. Auch der Fall von Otte (CDU) und der Parteiaustritt von Meuthen (AfD), der den rapiden Machtgewinn des faschistischen „Flügels“ in der Partei bestätigt, sprechen die gleiche Sprache.

Die CDU hat die Wahl verloren, weil die Mehrheit der Bevölkerung ihre arbeiterfeindlichen Angriffe und die Rechte verurteilt. Aber die Enttäuschungen durch das Versagen der Ampel werden der Rechten Auftrieb geben, wenn die Linke sie nicht beantwortet. Schon die ersten Wochen der neuen Koalition liefern eindrucksvolle Beispiele:

- Die Befragung von Christian Lindner vor dem Bundestag am 10. Januar,
- die Unfähigkeit der Koalition, ihre Pläne zur Impfpflicht durchzusetzen, aus Angst vor der politischen Polarisierung und davor, die eigenen Koalitionsparteien nicht für eine Fürstimme zu gewinnen,
- die Ermittlung der Berliner Staatsanwaltschaft gegen den Bundesvorstand der Grünen wegen Veruntreuung,...

Reformismus versagt.

Gerade die Grünen konnten in der Bundestags-

wahl mit ihren Wahlversprechen junge Wähler für sich gewinnen, die auf Veränderungen hoffen. Zwar war für die Führung der Grünen der Reformkurs, den sie in ihren Reden andeuteten, nur ein wertloses Lippenbekenntnis. Das ist es aber nicht für die einfache Bevölkerung!

Für die Linke ist mit der Ampelkoalition eine vorteilhafte Situation entstanden: Sie kann den Kampf von unten aufnehmen, die Regierung vor sich hertreiben und sich auf Arbeiter und Jugend stützen, die auf der Straße ihre Forderungen aufstellen. Dazu muss sie einen Kampfplan aufstellen, um die Politik für die Profite der Besitzenden zu beenden und mit einem antikapitalistischen Programm für öffentlichen Wohnraum, Gesundheit und gute Arbeit kämpfen.

Das wäre nötig – doch leider ist die Politik der Führung der LINKEN und der Gewerkschaften eine andere. In der LINKEN haben Bürokraten an Einfluss gewonnen, die ihre kleinlichen Kämpfe um Staatsposten ohne echten Einfluss führen. Ihre Taktierereien und ihre völlig nutzlose Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Eliten öffnen die Türen für den Verrat der Bewegungen und das Erstarken der Rechten. Genauso verrottet agieren die Gewerkschaftsführer! Während hunderttausende Arbeiter in den Betrieben an Corona erkranken, veröffentlichen die Betriebsräte großer Konzerne Briefe, die zu Verständnis mit den Bossen (!) aufrufen, da es zur Durchseuchung keine Alternative gäbe!

Brecht den sozialen Frieden! Für ein marxistisches Kampfprogramm!

Wie sollen Beschäftigte, deren Löhne von der Inflation gefressen werden, deren Mieten in den Himmel steigen und die auf der Arbeit krank werden, den Beschwichtigungen der Gewerkschaftsführer glauben?

Unsere Aufgabe ist es, den Kampf zurück auf die Straße zu bringen. Die übergroße Mehrheit der Menschen ist für härtere Gesundheitsmaßnahmen, gegen Stellenabbau und Lohnkürzungen! Nur ein antikapitalistisches Programm kann alle diese Kämpfe vereinen im großen Kampf um eine sozialistische Welt, in der nach den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung produziert wird! ■

Mach mit bei den revolutionären Kommunisten!

Mach mit bei Offensiv!



WWW.OFFENSIV.NET



Kriegstrommeln in der Ukraine

Ein bedeutsames Kapitel im Kampf um die Weltherrschaft

Internationale Revolutionäre Linke

Die Krise zwischen den USA und Russland hat den Siedepunkt erreicht. Hört man auf die Propaganda der westlichen Medien, die nichts anderes ist als ein Echo der Pressemitteilungen des Außenministeriums in Washington, bereitet sich Putin darauf vor, in die Ukraine einzumarschieren und seine Armeen zur Eroberung Kiews zu führen. Das klingt wie ein Witz, aber in Wirklichkeit ist es das Drehbuch, das in einer plumpen Lügenkampagne wiederholt wird, die uns in die kritischsten Momente des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert zurückversetzt.

Die US-Diplomatie nutzt solche schmutzigen Tricks seit langem. Hinter Scherzen wie „Massenvernichtungswaffen“ oder dem Kampf gegen das „Reich des Bösen“ verbergen sich andere wichtige Themen. Erstens, dass die Niederlage in Afghanistan weit mehr als ein militärischer Rückschlag war: Sie war die Krönung von zwei Jahrzehnten großer Fiascos im Nahen Osten, des Scheiterns im Kampf gegen den Iran, eines entscheidenden Einflussverlusts auf dem afrikanischen Kontinent, von Rückschlägen in Asien und Lateinamerika. In diesem Zusammenhang können die USA ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss auf dem europäischen Kontinent angesichts des chinesischen und russischen Vormarsches keinesfalls aufgeben.

Zweitens ist dieser langwierige Niedergang des US-Imperialismus Ausdruck der schweren Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitskrise, die sich innerhalb seiner Grenzen lange vor der Pandemie manifestiert hat. Mit mehr als 878.888 Toten durch Covid, mehr als im Zweiten Weltkrieg und Vietnam zusammengekommen hatten, haben die USA angesichts der Null-Covid-Strategie des chinesischen Regimes ihren Kopf verloren. Die Offensi-

ve in der Ukraine hat viel damit zu tun. Biden, der Trumps Außenpolitik fortsetzt, versucht mit dem Paukenschlag von innenpolitischen Problemen abzulenken, und wie seinem Vorgänger scheint es ihm nicht besonders gut zu gelingen.

Die Neuaufteilung der Welt

Im düsteren Szenario der stagnierenden Weltwirtschaft hat Chinas Wirtschaftskraft zugenommen. Der asiatische Riese steht nicht nur an der Spitze der Weltproduktion – ein Drittel des verarbeitenden Gewerbes entfällt auf ihn –, sondern seine Fortschritte in den Bereichen Technologie und künstliche Intelligenz verblüffen auch die anderen Mächte.

Der von Trump angezettelte Handelskrieg hat dem Regime von Xi Jinping nicht geschadet. In Wirklichkeit ist die Situation genau umgekehrt. Die US-Wirtschaft, die von Börsenspekulationen abhängig ist und durch Berge von fikтивem Kapital belastet wird, hängt wie nie zuvor am Tropf der chinesischen Wachstumsraten.

Der Export des chinesischen imperialistischen Kapitals in alle Teile der Welt ist in allen internationalen Statistiken überwältigend. Es ist der führende Investor auf dem afrikanischen Kontinent, in den Ländern des Persischen Golfs und im Nahen Osten, und seine Vormachtstellung auf dem asiatischen Markt ist unbestritten. In Lateinamerika verdrängt es die USA als größten Handelspartner und Investor in vielen Ländern, und in Europa sind seine Fortschritte kolossal.

Wir sind Zeugen einer Neuaufteilung der Welt, und sie findet ohne einen Weltkrieg kolossalen Ausmaßes statt. Ein Ereignis dieses historischen Ausmaßes wird zwangsläufig eine entschlossene Reaktion der Macht, die verdrängt wird, hervorrufen.

Russland bietet den USA die Stirn

Die hysterische Propaganda im Westen gibt Russland die Schuld an der aktuellen Situation in der Ukraine. Aber man kann das Geschehen und die Verantwortung des Imperialismus dafür nicht verstehen, ohne die Ereignisse der letzten Jahrzehnte zu betrachten.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Restauration des Kapitalismus 1991, die zu einem schrecklichen Zusammenbruch der Lebensbedingungen der großen

Mehrheit der Bevölkerung führte, war Russland fast zwei Jahrzehnte von der internationalen Bühne ausgeschlossen. Der erste Golfkrieg, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Invasion in Afghanistan fanden alle vor dem Hintergrund der völligen Ohnmacht Russlands statt.

Die Schwäche Russlands wurde von anderen Akteuren ausgenutzt. Die NATO wurde zwischen 1999 und 2004 um Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Bulgarien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien erweitert.

2008 akzeptierte die NATO den Beitrittsantrag Georgiens und der Ukraine. Doch im August desselben Jahres gab es einen ersten Wendepunkt: die russische Intervention zur Beendigung der georgischen Besetzung Ossetiens und Abchasiens, die vom Imperialismus über die Türkei gefördert wurde. Von diesem Zeitpunkt an würde Moskau der US-Aggression viel aktiver entgegentreten.

2013 hing das Assad-Regime in Syrien in den Seilen, und die USA bereiteten eine Intervention vor. Doch Putin machte Obama klar, dass er Assad nicht fallen lassen würde. Der Imperialismus bewaffnete die Dschihadisten weiter, schloss aber eine direkte Intervention aus.

Heute ist der Vormarsch Russlands unbestreitbar: Nach Syrien kam Libyen, wo es zu einem wichtigen Akteur geworden ist. Im Nahen Osten ist Russland ein entscheidender Bestandteil eines jeden Szenarios. In Afrika füllt es, Hand in Hand mit China, die Lücke, die der US-amerikanische und der französische Imperialismus hinterlassen haben.

Für einen beträchtlichen Teil der Linken, Erben des Stalinismus, wird Putin als Fortsetzer der UdSSR dargestellt und als ein Nationalist, der sich dem westlichen Ansturm widersetzen will und bedingungslose Unterstützung verdient. Die Realität ist jedoch weit entfernt von diesem reduktionistischen Bild. Putins Regime entspricht den Interessen der kapitalistischen Oligarchie, die auf den Trümmern des verstaatlichten Eigentums, der Plünderung des historischen Erbes der UdSSR und der Ausplünderung des sowjetischen Volkes an die Spitze eines kapitalistischen Systems mit offenkundigen imperialistischen Bestrebungen aufstieg. Putin ist nicht der unschuldige Freund der Völker der Welt.

Steht die Unabhängigkeit der Ukraine auf dem Spiel?

2014 gab es einen weiteren wichtigen Wendepunkt in der russischen Außenpolitik: die Intervention auf der Krim und im Donbass. Seit der Maidan-Bewegung und dem Sturz von Janukowitsch hat sich der amerikanische und europäische Imperialismus auf alle möglichen rechtsextremen und neonazistischen Banden gestützt, um die Kontrolle über die ukrainische Regierung und die Armee zu übernehmen.

In der Donbass-Region ist eine Volksbewegung entstanden, die sich gegen die Gewalt dieser faschistischen Banden wehrt, die als Nachfolger der Nazi-Kollaborateure des

Zweiten Weltkriegs auftreten. Die Rebellen übernahmen die Kontrolle über Teile der Provinzen Donezk und Lugansk und besiegten die rechtsextremen Milizen. Was jedoch dem populären Charakter der Bewegung ein Ende setzte, war das Eingreifen des russischen Militärs, das mit Tausenden von nicht gekennzeichneten Soldaten die Kontrolle über die Situation übernahm. Am Ende wurden die Regierungen der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk zu bloßen Erfüllungsgehilfen des Putin-Regimes.

Der Präsident der ukrainischen Regierung, Wolodymyr Zelenskij, dessen Beliebtheit auf 24,7% gesunken ist, kündigte im vergangenen Februar an, die Halbinsel Krim, die nach einem Referendum im Jahr 2014 von Russland annektiert wurde, zurückzuerobern.

USA und EU: Spaltung des westlichen Blocks

Was im Moment auf dem Tisch liegt, ist nicht die „ukrainische Unabhängigkeit“. Was verhandelt wird, ist, wie manche es nennen, eine „europäische Sicherheitsarchitektur“: Die Frage, welchen Platz Europa in der neuen Aufteilung der Welt einnehmen und ob Washington in der Lage sein wird, seinen grundlegenden Einfluss auf dem alten Kontinent aufrechtzuerhalten.

Es ist peinlich, wenn der höchste Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, nach dem Drehbuch des US-Außenministeriums und des amerikanischen NATO-Kommandos sagt, dass „Europa in Gefahr ist“. Welches Europa: das von Polen, dem Vereinigten Königreich und den baltischen Staaten, die Washington viel näherstehen als Brüssel? Oder das von Deutschland und Italien, deren Bourgeoisie durch diese Affäre, die ihre wichtigen Geschäftsbeziehungen zum Putin-Regime gefährden könnte, in Unruhe geraten ist?

Deutschland, führende Macht des Kontinents, betreibt seit Jahrzehnten Geschäfte mit Moskau in Form von russischem Gas im Tausch gegen deutsche Technologie. Diese Politik hat starke Befürworter, wie den ehemaligen deutschen sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Angela Merkel. Schröder ist Vorsitzender des Aktionärsausschusses des deutsch-russischen Konsortiums, das die Nord-Stream-Pipeline betreibt, und Vorsitzender des Verwaltungsrats der staatlichen russischen Ölgesellschaft Rosneft. Merkel war Vertreterin des Teils der deutschen Bourgeoisie, der bereit ist, mit Moskau und China zusammenzuarbeiten und stand damit im Gegensatz zu anderen Teilen, die einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland nur unter der Bedingung zustimmten, um es von China, seinem Konkurrenten auf dem Weltmarkt, weiter zu lösen.

Wird es Krieg geben?

Der US-Imperialismus versucht, seine Position in Europa zu verteidigen. Aber jenseits der Propaganda zeigen die USA nicht gerade Stärke. Wie an den anderen Fronten des globalen Kampfes wissen sie nicht, was in der Ukraine und in Europa zu tun ist, abgesehen davon, Russland am Vormarsch zu hindern. Aber das ist ein Wunsch, keine Strategie.

In der Ukraine-Krise erklärten sie von Anfang an, dass kein einziger US-Soldat ukrainischen Boden betreten würde. Sie haben „noch nie dagewesene Sanktionen“ ange-



droht, ohne diese jedoch tatsächlich umzusetzen. Außenminister Blinken warnte vor einer „unnachgiebigen Diplomatie“. Aber seit es Diplomatie gibt, bedeutet „rücksichtslose Diplomatie“, dass man einen größeren Knüppel auf den Tisch legt als der Gegner; genau das, was Putin getan hat.

Wenn man die ganze Propaganda aus der Gleichung herausnimmt, bleibt am Ende nur die Erkenntnis, dass Russland in dieser Situation in der Offensive ist.

Welche Situation wird sich in den kommenden Wochen voraussichtlich eröffnen? Einerseits hat der US-Imperialismus nach dem letzten Treffen in Genf seine Sprache etwas gemäßigert. Er behauptet, sie würden „reden, nicht verhandeln“. Sie haben die konkreten Vorschläge Russlands, die einen Rückzug der NATO aus den osteuropäischen Ländern, zurück auf das Niveau von 1997, fordern, zunächst abgelehnt. Weiter werden sie nicht gehen!

Ein Sprecher des russischen Außenministeriums hat bereits erklärt, dass die Antwort der USA Moskau nicht zufrieden stellt und Russland seine Antwort, nach Rücksprache mit seinen Verbündeten vorbereiten wird. Innerhalb weniger Stunden danach hat die Regierung Xi Jinpings ihre unmissverständliche Unterstützung für Russland bekannt gegeben.

Es ist symptomatisch, dass Frankreich und Deutschland während der Ausarbeitung einer Antwort durch die USA einen eigenen Verhandlungsweg mit Moskau vorgeschlagen haben, der mit einem Gespräch zwischen Macron und Putin eingeleitet werden soll. Bezeichnend ist auch, dass Putin zur gleichen Zeit ein Treffen mit dem wichtigsten italienischen Arbeitgeberverband abhielt, bei dem die Bereitschaft beider Seiten festgestellt wurde, die Geschäfte, ohne ein einziges Wort über die Ukraine, fortzusetzen. Diese Fakten zeigen, wie schwierig es ist, eine einheitliche Position der USA und der EU gegenüber Russland aufrechtzuerhalten.

Was wird mit Nord Stream 2 geschehen? Es ist eine Tatsache, dass die deutsche Regierung aufgrund des erneuten Drucks seitens der USA ihre Position zumindest in der Form verhärtet hat. Aber es ist auch eine Tatsache, dass Deutschland diese Pipeline braucht, das ist unbestritten. Washington beklagt sich über die Pipeline, aber welche Alternative bieten sie? Dank Fracking könnten die USA Gas nach Europa exportieren. Werden sie das tun? Nein, denn in den USA wird Druck ausgeübt, die Exporte zu senken, damit die Preise dort weiter fallen, wo eine Megawattstunde derzeit 14 Euro kostet. Jetzt ziehen sie ein Kaninchen aus dem Hut in Form von Gas aus Katar, das natürlich teurer wäre als russisches Gas.

Es ist nicht sicher, dass die deutsche Regierung, trotz der Unterstützung der Grünen für Biden in dieser Frage, diese Forderungen endgültig akzeptieren wird. Es steht viel auf dem Spiel, angefangen bei den Geschäften der großen deutschen Monopole. Berlin hat sich vorerst öffentlich gegen Waffenlieferungen an die ukrainische Armee ausgesprochen, hat aber zu seiner Freude 5.000 Helme zugesagt.

In den letzten Tagen hat Washington 8.500 Soldaten für einen möglichen Einsatz in osteuropäischen Ländern in „höchste Alarmbereitschaft“ versetzt. Dies soll den Anschein starker militärischer Maßnahmen erwecken, würde aber in einem möglichen Kriegsszenario keine Rolle spielen.

Niemand will einen Krieg, das, was mit Krieg im engeren Sinne gemeint ist. Für Putin würde eine Invasion in

der Ukraine keines seiner Ziele lösen und könnte schnell zu einem Vietnam werden, mit unabsehbaren, sogar revolutionären Folgen für Russland selbst. Eine andere Sache ist es, seine Position im Donbass zu stärken oder ukrainische Stellungen an dieser Front zurückzudrängen. Putin wird weiterhin seine Karten ausspielen. Er drängt Zelensky, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten, was Zelensky nicht tun kann, weil die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen seinen Untergang bedeuten würde.

Der Imperialismus könnte sich dafür entscheiden, Waffen an die Ukraine zu liefern, um einen Krieg „niedriger Intensität“ auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten. Diese Taktik haben wir in den letzten Jahren schon in vielen Szenarien gesehen: lieber als alles zu verlieren erzeugen sie ein Chaos, aus dem auch der Gegner nicht als Sieger hervorgeht.

Aber es muss gesagt werden, dass ein Krieg in Europa eine ganz andere Sache ist. Trotz des Lärms der Propaganda ist der Imperialismus gespalten und hat große Schwierigkeiten, sich einem Kriegsszenario zu stellen, wie es in seinen Erklärungen deutlich wird. Es gibt in der Bevölkerung keine Unterstützung für einen blutigen Konflikt, der Zehntausende von Toten fordern würde. Die Mobilisierungen wären massiv und unmittelbar und würden die verschiedenen Regierungen, die sie unterstützen, in die Enge treiben.

Die Widersprüche erreichen einen ernsten Punkt. Für Putin steht viel auf dem Spiel, und er braucht greifbare Ergebnisse. Andererseits kann es sich Washington nicht leisten, sich in Europa noch weiter zurückzuziehen. Es ist schwierig, eine geschlossene Perspektive zu zeichnen, aber ein offener Krieg mit dem Einsatz einer großen Zahl von Truppen, schweren Waffen, Interventionen mehrerer Mächte und Massenvernichtung ist nicht das wahrscheinlichste Szenario. Das Szenario weist jedoch auf die unlösbaren Widersprüche hin, die sich in dieser Phase des zwischenimperialistischen Kampfes um die Weltherrschaft abzeichnen.

Neue Kriege, die noch brutaler sind als die der letzten Jahre, sind unvermeidlich. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Arbeiterbewegung ihre Stimme erhebt und eine klassenbasierte, sozialistische und internationalistische Haltung gegen den imperialistischen Krieg und gegen all jene verteidigt, die uns in die Barbarei drängen. In diesen entscheidenden Momenten werden die Organisationen, alle Organisationen, auf die Probe gestellt. Und das beklagenswerte Schauspiel der europäischen reformistischen und regierungstreuen Linken, die sich als Vasallen des westlichen Imperialismus aufzuführen, zeigt, dass sich wenig geändert hat und dass man, wenn man A sagt und die Logik des Systems akzeptiert, auch weiterhin B, C und das ganze Alphabet sagt, bis man militärische Interventionen unterstützt.

Krieg und Kapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden. Wenn wir also Frieden wollen, müssen wir kämpfen, um diese ungerechte und kriminelle Ordnung zu stürzen. Wenn ihr Frieden wollt, baut eine militante und internationalistische Linke auf und kämpft für den Sozialismus!

Zum ungekürzten Artikel
und weiteren Analysen auf
www.offensiv.net



Bilanz der Regierungsbeteiligung von Podemos im spanischen Staat



Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria, spanischer Staat

Zwei Jahre sind seit Bildung der Koalition zwischen PSOE und UP vergangen, ein Jahrestag, der mit einem der eklatantesten Verstöße gegen das Regierungsabkommen zusammenfiel: dem Versäumnis, die Arbeitsreform der PP von 2012 aufzuheben. Es ist daher an der Zeit, Bilanz zu ziehen und darüber nachzudenken, ob die Beteiligung der UP (Unidas Podemos) an einer kapitalistischen Regierung für die Arbeiter und Jugend wirklich von Nutzen war.

„Wir werden die PSOE nach links ziehen“

Podemos und insbesondere Pablo Iglesias verteidigten ihren Einzug in den Ministerrat mit äußerster Vehemenz als einzige Möglichkeit, die Lebensrealität des Volkes zu verändern und die PSOE nach links zu ziehen, aber die Fakten haben sich ganz anders entwickelt.

Wenn man die Regierungsbilanz dieser beiden Jahre analysiert und die hohle Propaganda beiseitelässt, ist es die UP und nicht umgekehrt, die sich offen den Vorschlägen und der Politik der PSOE genähert hat:

1. Das Knebelgesetz (Gesetz zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit) ist nicht aufgehoben worden. Seine minimale Reform wurde angeprangert, weil die Regierung weiterhin schwere Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung, Demonstration und Organisation beibehält. Die

Explosion der Jugendmobilisierungen gegen die Inhaftierung von Pablo Hasél, das Verbot der 8M-Demonstrationen und die brutale Unterdrückung der Arbeiterkämpfe in Cádiz zeigen, dass es in diesem Bereich keine Fortschritte gibt.

2. Unidas Podemos hat sich voll und ganz auf faule Absprachen mit der Rechten eingelassen, die dazu geführt haben, dass ihre Abgeordneten zwei Ultrarechte in das Verfassungsgericht gewählt haben.

3. Die PSOE hat Alberto Rodríguez nach einem unrühmlichen Urteil des Obersten Gerichtshofs seinen Sitz weggenommen, aber die Führer der UP haben, um die Regierungskoalition nicht zu belasten, keinen Finger gerührt, um ihn zu verteidigen.

4. Die UP hat dem von der PAH und der Mietergewerkschaft befürworteten Gesetz den Rücken gekehrt und sich mit dem Betrug abgefunden, den die PSOE in einem neuen künftigen Wohnungsgesetz ausgeheckt hat, das Großspekulanten und Geierfonds schützt. Allein im Jahr 2021 wurden mehr als 21.000 Zwangsräumungen durchgeführt, wie es die PAH anprangert.

5. Die Rentenreform ist eine neue Gegenreform, die die Marea Pensionista auf den Kriegspfad gebracht hat.

6. Der Mindestlohn ist ein Fiasko, das sich nicht verbergen lässt. Nicht einmal 12% der 800.000 Familien, die theoretisch in seinen Genuss kommen sollten, wurden erreicht.

7. Die öffentliche Gesundheitsfürsorge wurde in den zwei Jahren der Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Situation der Primärversorgung ist in allen autonomen Regionen zusammengebrochen, und die Kürzungspolitik hat sich verschärft. Es ist ein Skandal, dass behauptet wird, dies sei ein Problem der autonomen Regionen. Wenn die Zentralregierung Gesetze zur Rettung des IBEX 35 und der Banken erlassen kann, dann kann sie dies auch tun, um drastische Investitionspläne für das Gesundheitswesen aufzustellen und Zehntausende von Fachkräften einzustellen. Die Weigerung, die private Gesundheitsfürsorge zu verstaatlichen, hat zusammen mit der Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens unsere Gesundheit zu einem fabelhaften Geschäft für Pharmaunternehmen und große private Monopole gemacht.

8. Das öffentliche Bildungswesen leidet unter den gleichen Problemen. In diesen zwei Jahren hat der Kürzungskurs nicht nachgelassen, und die neuen Bildungsgesetze haben die Subventionen für das staatlich subventionierte Bildungssystem, die Jahr für Jahr steigen, geschützt. Die

Exekutive könnte Gesetze zum Schutz der öffentlichen, hochwertigen und kostenlosen Bildung erlassen, aber das bedeutet, dass sie sich mit der katholischen Kirche und der mächtigen Lobby der Privatschulen auseinandersetzen muss.

9. Im März 2020 hat die Regierungskoalition mehr als 100 Mrd. in den IBEX 35 und die Banken investiert. Die ERTE-Politik garantierte die Zahlung der Löhne durch den Staat, aber symbolträchtige Unternehmen wurden geschlossen (Nissan, Alcoa, Airbus...) und die Umstellung der Banken hat mehr als 20.000 Arbeitsplätze gekostet. Die Unfähigkeit, den Anstieg der Strom- und Gaspreise einzudämmen, schreit zum Himmel, und die EU-Fonds, die als wichtigste Maßnahme präsentiert werden, werden die Banken und Großunternehmen mit Millionen überschütten.

10. Die Kompromisse mit den westlichen imperialistischen Mächten sind unverändert geblieben, ebenso wie die Abkommen mit der marokkanischen Diktatur, die die Sache der Saharais verraten, oder die Unterstützung der rassistischen und fremdenfeindlichen Gesetzgebung der EU gegen unsere eingewanderten Brüder und Schwestern.

Die Verantwortlichen der UP haben versucht, das Unrecht zu rechtfertigen, indem sie sich auf zwei Ideen beriefen: Sie waren gezwungen, die „Regierbarkeit“ und die „institutionelle Stabilität“ aufrechtzuerhalten, um zu verhindern, dass die Ultrarechten an die Macht kommen, und andererseits sind sie „Opfer“ eines „ungünstigen Kräfteverhältnisses“, das es ihnen nicht erlaubt, weiter zu gehen. Dieses Argument wurde in den sozialen Netzwerken und unter linken Aktivisten immer wieder vorgebracht, hat aber weder in der Theorie noch in der Praxis standgehalten.

Die Korrelation der Kräfte und was den Rechten wirklich in die Hände spielt

Erstens: Wenn Pablo Iglesias bis April als Vizepräsident der Regierung fungierte, dann deshalb, weil das Kräfteverhältnis eindeutig günstig war. Obwohl Pedro Sánchez die Wahlen im November 2019 wiederholte und eine verzweifelte Einigung mit Ciudadanos anstrebte, war das Ergebnis sowohl für sie als auch für die PP ungünstig. Es sei daran erinnert, dass Casado eine der schlechtesten Bilanzen in der Geschichte der Partido Popular erzielte und Albert Rivera nach einem monumentalen Misserfolg zurücktrat.

Diese „Korrelation der Kräfte“ bei den Wahlen war trotz des Rückgangs der UP (2015 erhielten Podemos und IU mehr als sechs Millionen Stimmen) und des Vormarschs von Vox ein indirekter Ausdruck der enormen sozialen Rebellion, die den spanischen Staat erschüttert hatte. Die Generalstreiks, die 15M-Bewegung, die Flut zur Verteidigung des Gesundheits- und Bildungswesens, die Gründung von Podemos und der Bruch mit dem Zweiparteiensystem, die Mobilisierungen der Frauen und Rentner, der Kampf des katalanischen Volkes für eine Republik... all das markiert seit Jahren den Anstieg des Klassenkampfes. Es ist intellektuell unredlich, wenn dieselben Leute, die von der Massenbewegung nach oben katapultiert wurden, versuchen, ihre Fehler und Zugeständnisse zu vertuschen, indem sie von einem „ungünstigen Kräfteverhältnis“ sprechen.

Wir müssen eine kämpferische Linke aufbauen!

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass tiefgreifende soziale Veränderungen nicht durch parlamentarische Spielereien entstehen, sondern durch die Mobilisierung auf der Straße. Wir müssen nicht bis zur Oktoberrevolution von 1917 zurückgehen, um das zu verstehen. Der erbitterte Kampf, den Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Franco-Diktatur geführt haben, als es noch kein Parlament und keine Wahl gab, ist ein gutes Beispiel dafür.

Wie der Arbeitsrechtler und ehemalige CUP-Abgeordnete Vidal Aragonés erklärt, wurde „das höchste Niveau individueller Arbeitsrechte, das wir je erreicht haben“, im Arbeitsgesetz vom April 1976 verankert, nach Wellen sehr harter Arbeiterstreiks, als die CCOO und die PCE noch illegal waren, aber Millionen mobilisieren konnten. Zweistellige Lohnerhöhungen, das Streikrecht, das durch ein vordemokratisches Gesetz vom März 1977 geregelt wird, oder der Bau ganzer Stadtviertel als Ergebnis des Kampfes der Nachbarschaften. All das widerspricht dem kranken „parlamentarischen Kretinismus“, den die UP-Führer an den Tag legen.

Auch damals, als eine revolutionäre Mobilisierung solchen Ausmaßes den im Sterben liegenden Franquismus zwang, Gesetze gegen sein eigenes Regime zu erlassen, beriefen sich die Führer der PCE und der PSOE auf ein vermeintlich ungünstiges Kräfteverhältnis, um Vereinbarungen mit den Diktaturbefürwortern zu treffen. Das Regime von '78 war das Ergebnis dieses Paktes, und obwohl es Rechte legalisierte, die zuvor durch Massenkämpfe errungen worden waren, diente es dazu, den Umsturz des Kapitalismus zu verhindern, und anstelle der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft konnte die Bourgeoisie ihre angeschlagenen Kräfte wieder aufbauen und die Initiative ergreifen.

Pablo Iglesias beklagt ein ungünstiges Kräfteverhältnis, da er im Ministerrat in der Minderheit ist und nur 35 Sitze hat. Mit dem gleichen Argument rechtfertigte Pablo Iglesias den Verrat von Tsipras und Syriza in Griechenland, die zwar eine Mehrheit im Parlament und vor allem auf der Straße hatten, sich aber trotz des klaren Neins des Volkes im Referendum vom Juli 2015 dem Diktat der EU und des Großkapitals beugten. Diese Politik öffnete der griechischen Rechten die Tür zur Rückkehr an die Macht.

Wenn die Führung der UP Rückgrat hätte, würde sie diese Regierung verlassen und sich einer starken linken Opposition anschließen. Auf diese Weise würde sie dazu beitragen, ein günstiges Kräfteverhältnis zu schaffen, indem sie den Kampf, die Organisation und das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Jugend stärkt.

Wir befinden uns in einer historischen Krise des Kapitalismus. Der Aufstieg der extremen Rechten und des Neofaschismus ist ein weiterer Ausdruck der Barbarei, auf die wir uns zubewegen. Gleichzeitig erleben wir aber überall auf der Welt Massenaufstände gegen dieses System. Revolutionäre beklagen sich weder, noch ziehen sie sich in rhetorische Kritik auf journalistischen Plattformen zurück. Wir versuchen, die Realität vom Klassenstandpunkt aus zu verstehen und die Kräfte vorzubereiten, die sie radikal verändern können.

Schließt dich der Internationalen Revolutionären Linken an! Macht mit bei Offensiv! ■

Weder Querdenken noch Lauterbach-Ultras-

Für eine linke Alternative!

Nadja Habibi

Die „Spaziergänge“ der selbsternannten Querdenker haben in den letzten Wochen weiter an Fahrt aufgenommen. Die Proteste sind gewachsen und zunehmend aggressiv aufgetreten. Die Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist sicher mit ein Grund dafür.

Impfpflicht oder welcher Weg aus der Pandemie?

Das Impfen der Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die Pandemie. Trotzdem werden Impfungen allein nicht ausreichen, um die Pandemie zu beenden. Das zeigt sich erneut bei der Immunflucht-Variante Omikron, die dem Schutz durch eine Impfung ausweicht. So sind Ansteckung und Weitergabe des Virus trotz Impfung möglich. Aus diesem Grund stehen wir nicht für eine Impfpflicht ein, sondern dafür, das Virus stattdessen durch eine konsequente Test-Strategie zu isolieren. Dafür müssen die PCR-Testkapazitäten massiv ausgebaut werden, wie beispielsweise in Wien, wo jedem wöchentlich ein kostenloser PCR-Test zusteht.

Gesundheitsschutz statt Durchseuchung

Dass die Pharmakonzerne massiv an den Impfungen profitieren, steigert das Vertrauen in die Impfstoffe freilich nicht. Deshalb fordern wir die Aufhebung der Impfstoffpatente, sowie eine die Verstaatlichung der Pharmaindustrie, einhergehend mit einer staatlichen Produktion von Impfstoffen unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, genauso wie die Rekommu-

nalisierung des Gesundheitswesens. Dadurch würde auch dem globalen Süden Zugang zum Impfstoff ermöglicht. Das Programm der Quer-

denker hingegen zielt auf das genaue Gegenteil ab: eine massenhafte, unkontrollierbare Durchseuchung der gesamten Bevölkerung.

Die Sehnsucht der Querdenker nach einer Aufhebung aller Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus mag der Traum einiger Neoliberaler sein, aber hat mit dem Interesse von Beschäftigten an Gesundheitsschutz nichts zu tun. Neben der esoterischen und wissenschaftsfeindlichen Stoßrichtung der Querdenker-Proteste, treten auch Neonazi-Kader zunehmend als Organisatoren auf. So hat die Neonazi-Szene zum Beispiel in Rostock sich an die Spitze einer Querdenker-Demonstration gestellt und zusammen mit rechten Hooligans Polizeiketten durchbrochen. Genauso sind Reichskriegsflaggen und andere einschlägige Symbole der rechten Szene längst zu einem Kennzeichen der Querdenker-Aufzüge geworden.

Den Kampf aufnehmen

Um eine konsequente Eindämmung des Virus und eine Beendigung der Pandemie zu erreichen, muss dem Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung mindestens genauso entgegengetreten werden wie den Querdenkern. Statt aber nun zu diskutieren, wie Linke auf die Querdenker-Demos orientieren können, sollten wir den Vorschlägen der Querdenker und dem Pandemie-Management der Herrschenden ein Kampfprogramm zur Bekämpfung der Pandemie im Interesse der Mehrheit entgegenstellen.

Ohne einen Kampf unter dem Banner der politischen Linken und der Arbeiterklasse wird es keine Verbesserungen geben. Der Gegenprotest zu den Querdenkern am 15. Januar in Hamburg war ein richtiger erster Schritt in diese Richtung – deshalb haben wir uns als Offensiv auch daran beteiligt und rufen alle dazu auf, es ebenfalls zu tun.

Wir müssen den Kampf gegen die Rechte und Querdenker mit einer Offensive der Arbeiterklasse verbinden: für gute Arbeit, Soziales, Gesundheitsschutz und ein ausfinanziertes Gesundheitswesen in staatlicher Hand! Wichtig dabei ist, dass die Linke sich nicht als Lauterbach-Fans inszeniert, sondern eine klare Kante gegen das Pandemie-Management der Bundesregierung zeigt. Denn die Irrungen und Wirrungen der letzten zwei Pandemie-Jahre haben nicht vorrangig die Querdenker zu verantworten, sondern die Herrschenden, unter denen die Reichen während der Pandemie noch reicher geworden sind und die, die Inzidenz zurzeit täglich neue Rekordwerte erreichen lassen. ■



Bisher größtes Kindesmissbrauchsnetzwerk aufgedeckt

Auch katholische Kirche wieder im Fokus.

Katharina Doll

Diesen Januar wurde der Abschlussbericht zur Untersuchung des größten bisher bekannten Missbrauchsnetzwerks Deutschlands in Bergisch-Gladbach veröffentlicht – ein Skandal mit 439 Tatverdächtigen, 65 befreiten Kindern und hunderttausenden Foto- und Videodateien. Zeitgleich kam eine neue Missbrauchsreihe in der katholischen Kirche ans Licht. Skandalös am Fall des Priesters Peter H. ist, dass der Priester des Erzbistums München-Freising schon in vergangenen Wellen von Missbrauchsskandalen am Pranger stand, und trotz aktenkundigen Berichten sexueller Gewalt an Kindern im Amt *seit fünfzig Jahren (!)* nicht nur weiterarbeiten durfte, sondern die kirchlichen Institutionen weitere Hinweise auf Missbrauch jahrzehntelang vertuscht haben.

Nur die Spitze des Eisbergs!

Das katastrophale Handeln der deutschen katholischen Institutionen, hunderte Missbrauchsfälle in den Reihen der spanischen katholischen Kirche und 330.000 Fälle von Kindesmissbrauch, die in der französischen katholischen Kirche im vergangenen Oktober aufgedeckt wurden, können nur den Hauch einer Vorstellung liefern, welches Ausmaß von Missbrauch noch im Dunkeln liegt.

Auch an anderer Stelle wird das unfassbare Ausmaß des organisierten Verbrechens mit dem Kindesmissbrauch deutlich. Man muss nur an den Fall Edathy denken, gegen den wegen Besitz kinderpornographischer Medien ermittelt wurde, wobei auch ein führender BKA-Beamter aus dem Bereich „Schwere Organisierte Kriminalität“ als Kunde enttarnt wurde.

Durch das Internet ist für Pädokriminelle ein neuer Umschlagsplatz entstanden. Von Perversen, die tausende Dollar zahlen, um der Vergewaltigung von Kindern per Livestream zuzusehen, über Hoster, auf deren Foren ganze Terabyte von Dateien mit Misshandlungen zu finden sind.

Kein staatlicher Schutz für die Schwächsten der Gesellschaft!

Das Argument, warum staatliche Behörden sich kaum um Löschungen bemühen, ist, dass sie ihre Kräfte lieber der Verfolgung des Missbrauchs widmen. Aber: Verfolgt der Staat den Kindesmissbrauch konsequent? Was das angeht, hat der Fall Lügde einiges Aufsehen erregt: Zwischen Anfang 2008 und 2018 wurden Kinder in mindestens 1.000 Fällen (!) auf einem Campingplatz in Lügde von mehreren Tätern missbraucht. Das erste Kind, dem dieses Verbrechen

angetan wurde, wurde dem Haupttäter, der nicht der Vater war, vom Jugendamt zugesprochen, um mit ihm in seiner verfallenden Baracke auf dem Campingplatz zu leben. Die Ermittlungen des Falls weiteten sich in einen massiven Institutionenskandal aus: Mehrere Polizisten, die in der betrauten Kreispolizei arbeiteten, stellten sich als Pädokriminelle heraus. Jugendamtsmitarbeiter haben Hinweise auf die Pädophilie des Täters nachträglich aus den Akten gelöscht und hunderte Datenträger mit Hinweismaterial verschwand aus den Polizeigebäuden.

Das organisierte Verbrechen mit dem Kindesmissbrauch bringt nicht nur den Moder der kirchlichen Institutionen und die Verkommenheit der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck – es deutet auf schwere Lücken im Netz der Kinderschutzinstitutionen hin. Die führen dazu, dass der Grausamkeit Einzelner freie Hand gelassen wird. Und das Schweigen über die kriminelle Unterfinanzierung der Schutzinstitutionen breitet einen schützenden Mantel darum.

Man sehe sich nur die Politik mit den Inobhutnahmen an: Seit den 1990er-Jahren hat sich ihre Zahl in Deutschland verdoppelt, auf 45.444 im letzten Jahr. Gleichzeitig wurden Stellen zur Aufnahme und die verantwortlichen Jugendämter kaputtgespart. Für Korrupte und Verbrecher schafft das den Boden für ein lukratives Geschäft: Freie Träger erhalten vom Staat über 5.000€ im Monat, vermitteln Kinder aber teilweise sogar nach Osteuropa, wobei den Familien nur wenige hundert Euro für ihre Betreuung überwiesen werden. Die Unterkünfte werden kaum geprüft. So zahlt der Staat für die Kinderbetreuung immense Gelder an private Träger, die damit ihre Gewinne machen; gleichzeitig heißt es, es gäbe kein Geld für mehr Personal zur Verfolgung von Missbrauch.

Profitorientierung und Kindesmissbrauch

Profitorientierung in der Jugendhilfe und das Kaputtsparen der Schutzinstitutionen machen den Kindesmissbrauch zu einem so flächendeckenden Krebsgeschwür.

Was hinter den Kirchenmauern passiert, was Jugendämtern und Polizei gemeldet und übergeben wird, ... – sind keine Einzelfälle! Parallel dazu, dass hunderttausende Frauen und Kinder Opfer brutalster Misshandlungen werden, wurden im vergangenen Jahr Rettungspakete im historischen Ausmaß geschnürt, um Großkonzerne in der Krise zu retten – oft ohne jede Verpflichtung für die Konzerne.

Ein solches Handeln wäre von Seiten des kapitalistischen Staates nie denkbar, wenn es um die Vermeidung des hunderttausendfachen Verbrechens des Kindesmissbrauchs geht.

Diese barbarischen Zustände sind nur in einer Welt

möglich, die so gnadenlos nach dem Gesetz des Profits der Reichsten dieser Gesellschaft funktioniert.

Nur die sozialistische Revolution; die Umgestaltung

der Welt nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung, der Kinder und Jugend, kann dem ein Ende setzen!

»Die Pandemie wirft ein gleißendes Licht auf die Unterdrückung der Frau!«

Alexandra Lioliopoulou

Der 8. März ist der internationale Kampftag der Arbeiterinnen. Denn der Internationale Frauentag wurde zur der Frauen ins Leben gerufen, die am 8 März 1917 unter anderem durch ihren Protest und Streik die russische Februarevolution auslösten.

Doch besonders in Zeiten der Pandemie wirft der 8. März ein gleißendes Licht auf die verheerende Lage der Frau im Kapitalismus. Durch ihre tragende Rolle in der Krankenpflege und in der Erziehung, sowohl beruflich wie privat, sind sie einer höheren Gefahr der Infektion ausgesetzt. Überwiegend Frauen leisten die unbezahlte Hausarbeit und kümmern sich um Kinder, Alte und Kranke – durch das Wegbrechen der Kinderbetreuung sowohl in Schulen als auch in Kitas wurde die soziale Rolle der Frau zementiert.

Auch trugen die ökonomische Krise, die Enge der Quarantäne, weniger Hilfsangebote, ... zum drastischen Anstieg der häuslichen Gewalt bei. Der Weiße Ring berichtet, dass es 2020 gegenüber dem Jahr 2018 einen Anstieg von 20 Prozent bei den Opfern häuslicher Gewalt gab, die bei der Organisation Hilfe suchten. Viele Faktoren trugen zu dieser Situation bei: in der Quarantäne waren Frauen noch mehr als sonst gefangen zwischen Heim und Herd, herabgesetzt durch ihre unbezahlte Hausarbeit und die Erniedrigung der Frau in der öffentlichen Kultur des Kapitalismus, die wir in Werbe- und Kosmetikbranche und noch schlimmer der Welt der Pornographie und Sexindustrie erleben müssen.

Die Frau in der Arbeitswelt

Besonders spielt auch die Position der Frau in der Arbeitswelt eine Rolle, die sie in die wirtschaftliche Abhängigkeit zwingt.

Jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit, während es unter Männern nur 11,2% sind. Laut dem Hans Böckler Institut ist die wöchentliche Arbeitszeit von Müttern während der Pandemie von 31 Stunden vor Corona auf 24 im April 2020 gesunken. In der Kurzarbeit erhielten Frauen 10% seltener Aufstockung des Kurzarbeitergeldes von ihrem Arbeitgeber als männliche Beschäftigte.

Das liegt besonders an der Verdrängung der Frauen aus der Industrie und tarifgebundenen Berufen in der kapitalistischen Arbeitswelt. Ein eindrucksvolles Beispiel ist die Lage der Frauen in Ostdeutschland seit der Restoration des Kapitalismus und der Zerschlagung der dortigen Arbeitswelt: Während 1991 noch 5,1% der weiblichen Auszubildenden in Ostdeutschland den Beruf zur Industriemechanikerin erlernten, waren es 2003 nur noch knapp über die Hälfte.

Rolle der Frau im Kapitalismus: Eine marxistische Erklärung

Der Kapitalismus braucht die unbezahlte reproduktive Arbeit der Frau und ihre Arbeit im Niedriglohnbereich, um zu überleben. Deswegen sind oft auch berufstätige Frauen für Haushalt und Kinder zuständig. In diesem System, in dem Gesundheitswesen und öffentliche Vorsorge zur Unbrauchbarkeit kaputtgekürzt werden, ist eine öffentliche und menschenwürdige Organisation der Hausarbeit, Alten- und Krankenpflege und öffentliche Küchen nicht vorgesehen.

Der Kampf ist der einzige Weg!

Dieses System hat kein Interesse an der Befreiung der Frau. Jeder Fortschritt, der für das Leben der Frauen errungen wurde, wurde im Kampf gegen die herrschende Ordnung und nicht durch sie gewonnen.

Ein solches System, das horrenden Profite aus der Unterdrückung der Frau zieht – allein die Kosmetikindustrie, die direkt von den Unsicherheiten der Frauen profitiert, machte allein im Jahr 2020 484 Mrd. Dollar Gewinne – hat kein Interesse an der Gleichstellung der Frau; der konsequenten Verurteilung der häuslichen und sexualisierten Gewalt. Nur in einem klassenlosen System, in dem keine Klasse von Unterdrückten und Unterdrückern mehr an der Erniedrigung der arbeitenden Frau profitiert, würde ein solches Verhalten wirklich bekämpft werden.

Im Kapitalismus wird es kein Ende der Frauenunterdrückung geben!

Kämpf mit uns, für eine klassenlose Gesellschaft, die Befreiung der Frau und eine sozialistische Welt!



Millionen sterben, Big Business profitiert:

Pharmakonzerne verstaatlichen!

Fyn Hansow

Seit dem Beginn der Suche nach Impfstoffen gegen das Coronavirus werden die Medien mit Lob für die dahinterstehende Pharmaindustrie überflutet.

Neoliberale Propaganda für „Gründerkultur“ und „Unternehmergeist“, statt Milliarden zu impfen

Unternehmen wie das börsennotierte Mainzer BioNTech, das mit einem Marktanteil von 74% in den USA und 80% in Europa zum Jahresende 2021 in der Herstellung von mRNA-Impfstoff den Markt dominiert, werden als Beispiele der „Deutschen Gründerkultur“ hingestellt. BioNTech-Vorstandsvorsitzender Uğur Şahin – Multimilliardär und Gründer mehrerer Biotechnologie-Unternehmen – wurde erst am 26.01.2022 mit dem Landesverdienstorden von Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Die FDP schlägt der EZB sogar vor, Şahin und seine Frau Özlem Türeci auf künftigen Euro-Scheinen abzubilden.

Beispiel BioNTech: Profit aus der Pandemie schlagen

Dabei ist gerade BioNTech ein anschauliches Beispiel für die Kaltblütigkeit von Big Pharma, die massive Profite aus dieser Pandemie schlägt, die weltweit bereits Millionen das Leben gekostet hat – geschützt durch ein profitorientiertes Patentwesen, das die schnellere Vervielfältigung des Impfstoffs verhindert und es BioNTech und anderen erlaubt, einen Preisaufschlag für ihre Gewinne zu berechnen!

2021 hat der Umsatz BioNTechs allein durch den Verkauf des

Impfstoffs 16-17 Mrd. Euro betragen, für 2022 werden 13-17 Mrd. erwartet. Gewinne, die vor allem in die Taschen der Vorstände und Investoren fließen: Şahin, der 17,25% der Anteile an BioNTech hält, ist bereits im ersten Jahr der Pandemie zu einem der 500 reichsten Menschen weltweit aufgestiegen (einem Jahr, in dem die Arbeitslosigkeit in den USA von 3,68% auf 8,11% gestiegen ist und Bilder von Hungerschlangen vor Essensausgaben um die Welt gingen). Zwischen 2020 und 2021 stieg sein Privatvermögen noch einmal um mehr als das Zweieinhalbfache!

Währenddessen hat BioNTech 2021 die Kosten einer Dosis ihres Impfstoffes von 15,50€ auf 19,50€ erhöht – 25% mehr! Diese perverse Anhäufung von Reichtum inmitten von Pandemie und Wirtschaftskrise wird mit der „großen Leistung“ gerechtfertigt, die Şahin und seine Frau mit der Impfstoffentwicklung vollbracht haben. Doch ihre „Leistung“ bestand vor allem daraus, frühzeitig Patente und Fördergelder abzugreifen. Gleichzeitig werden die unzähligen Forscher und Wissenschaftler, die in den Laboren die tatsächliche Forschungsarbeit geleistet haben, die Beschäftigten in den Produktionsstätten für die Vakzine, die Pflegekräfte, die die Impfdosen verabreichen und von Anfang an an der Frontlinie stehen, ... mit keinem Wort erwähnt.

Ohne sie wäre eine Impfkampagne von Millionen unmöglich – doch die Beschäftigten der Krankenhäuser haben nach der letzten Tarifrunde ... Einkommen verloren! Es geht nicht um „Leistung für die Gesellschaft“ – es geht darum, dass mal wieder die Reichsten und die Klasse der Besitzenden an einer Technologie satte Profite abschöpfen, während Beschäftigte mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen.

Geplante Produktion statt Anarchie

Die Entwicklung eines Impfstoffes wird als Verdienst der kapitalistischen Marktwirtschaft dargestellt. Sicher, die Entwicklung des Impfstoffs ist ein großer Fortschritt. Doch die Impfstoffe von BioNTech, Pfizer, Moderna etc. sind nicht Ausdruck des unternehmerischen Geschicks von Şahin und Co., sondern des gemeinsamen Einsatzes von abertausenden normalen Beschäftigten, diese Pandemie zu bekämpfen.

Im Gegenteil: Die Anarchie der Privatwirtschaft hat die Impfstoffe nicht nur nicht zu verantworten, sie hat als aktive Bremse fungiert! Statt die Erforschung und Produktion eines Vakzins von Anfang an weltweit zu planen und seine Verabreichung in allen Teilen der Welt zu koordinieren, wurden enorme Ressourcen in der Konkurrenz zwischen den Pharmariesen verschwendet. Patente werden geheim gehalten, Impfdosen gelagert, um die Preise hochzutreiben, ganze Regionen aufgrund der hohen Preise und der Knappheit von den Impfungen ausgeschlossen.

Was ist das für ein System, in dem so etwas Entscheidendes wie ein Impfstoff in einer Pandemie im Profitinteresse weniger Multis missbraucht wird und die Taschen einiger weniger Superreicher füllt?

Verstaatlicht Big Pharma!

Es ist der Kapitalismus! Genau wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen liegen auch die Produktionsmittel in der Pharma- und Gesundheitsindustrie im Privatbesitz weniger Kapitalisten. Doch die letzten beiden Jahre haben anschaulich gezeigt: Sie gehören enteignet und die Schlüssel-sektoren der Wirtschaft verstaatlicht!

»Die Arbeiter im Labor sind die Verlierer der Pandemie«

Du arbeitest in einem PCR-Labor in Hamburg. Was genau ist eure Aufgabe?

Wir kriegen Abstriche und andere Proben geschickt, die auf das Coronavirus untersucht werden müssen. Dazu wird die PCR-Technik angewendet. Das dauert ein bisschen, da die Proben vorbereitet werden müssen. Das dauert bis zu einer Stunde, danach müssen sie ins Gerät, was nochmal eine Stunde dauert. Dann wird PCR durchgeführt, und danach muss dann nochmal ausgewertet und die medizinischen Befunde rausgeschickt werden. Also alles in allem ein ordentlicher Arbeitsaufwand pro Test.

Welchen Stellenwert nimmt eure Arbeit während der Pandemie ein?

Ich würde sagen, neben den Pflegekräften und Ärzten den höchsten. Anders als der Begriff „Antigentest“ vermuten lässt, funktionieren Antigentests ja nur über Proteine, also der äußersten Virushülle. Bei PCR wird die Virus-DNA/RNA an sich untersucht, was um ein Vielfaches genauer ist. Dadurch können wir nicht nur untersuchen, ob jemand positiv ist, sondern auch, welche Variante er hat und wie lange er schon infiziert ist. Politisch und medizinisch macht es also auf jeden Fall Sinn, so viele PCR-Tests wie möglich zu machen. Man könnte Quarantänezeiten und Kontaktnachverfolgung viel besser planen. Teilweise ist es auch ganz entscheidend in Krankenhäusern, wenn Patienten vor ihren OPs ihre PCR-Testergebnisse brauchen, für Kitas oder für die Mitarbeiter aus verschiedenen Betrieben.

In den Medien gab es Berichte über die Überlastung einiger PCR-Labore. Wie haben du und deine Kollegen die Situation wahrgenommen?

Die Situation im Labor ist angespannt. Wir sind zu wenig eingearbeitete Leute für die ganze Arbeit, wodurch der Stress größer wird. Kollegen sind nicht einverstanden mit der ganzen Mehrarbeit, die von uns abverlangt wird. Viele meckern, dass zu viel zu tun ist, aber es wird einfach immer mehr verlangt. Das spiegelt sich auch in den Überstunden wider. Ein Kollege hat mir letztes erzählt, dass er schon Überstunden im dreistelligen Bereich angesammelt hat. Inzwischen ist es die Regel, dass man pro Tag eineinhalb Stunden länger bleibt als man muss. Aber die Vorgesetzten zeigen wenig Verständnis da-

Unternehmenskonglomerate wie BioNTech, Pfizer und Moderna müssen zerschlagen, ihre Geschäftsgeheimnisse und -bücher vollständig offengelegt, ihre Patente freigegeben werden! Nicht um die Fortschritte zunichte zu machen – sondern um ihn zu verallgemeinern, demokratisch geplant einzusetzen und zugänglich zu machen. Dafür muss die Pharmaindustrie unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten verstaatlicht werden. ■

für, wenn man sich beschwert. Es wird sehr wenig unternommen, um uns die Arbeitslast zu erleichtern.

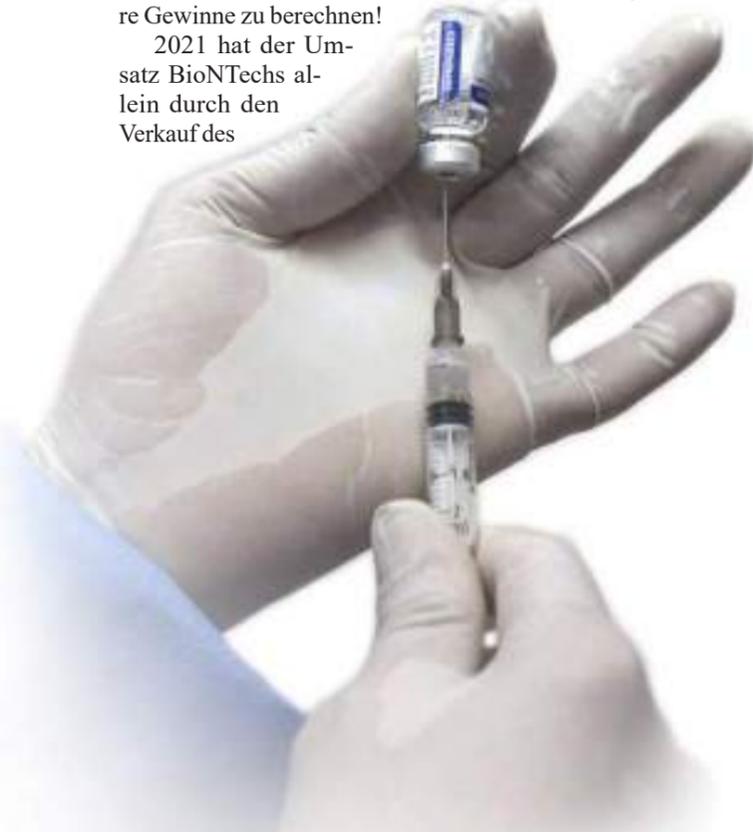
Du sagst, die Geschäftsführung unternimmt nichts? Wurden keine neue Stellen in Aussicht gestellt?

Es wird nichts in der Richtung unternommen. Man bräuchte zum Beispiel dringend mehr Labore, auf die sich die Last aufteilen könnte. Das wäre ja möglich: Allein Wien hat ja pro Tag mehr Testkapazitäten als ganz Deutschland, deutlich mehr. Aber unsere Testkapazitäten wurden nicht ausgebaut, weshalb wir jetzt diese Probleme haben. Von der Geschäftsführung kamen eigentlich nur Konzepte und Vorgaben, wie wir besser und effizienter arbeiten können. Und das, obwohl die Umsätze eigentlich mehr als stimmen.

Letzte Woche hatten wir ca. 26.000 Tests. Ca. 30% davon sind sehr wichtige Proben, die etwas teurer sind und dafür schneller bearbeitet werden. Der Rest sind normale Proben, die dann etwas länger dauern. Ein Test mit Priorität kostet 100€, alles andere kostet 80€. Wenn wir das jetzt auf 26.000 Proben anwenden, kommen wir pro Woche auf einen Umsatz von 2.200.000€. Im Jahr wären das fast 115 Mio. Euro. Geld ist also mehr als genug da, das Labor ist ein absoluter Gewinner und die Arbeiter im Labor sind die Verlierer der Pandemie. Es gab in der ganzen Zeit nicht einmal eine Gehaltserhöhung.

Von der Politik wurde beschlossen, dass PCR-Tests jetzt nur noch sehr eingeschränkt verfügbar sein sollen.

Für die allgemeine Gesundheit ist die Einschränkung von PCR-Tests ein Schlag ins Gesicht. Wie ich eben schon sagte, die Testkapazität wurde während der Pandemie nicht stark genug ausgebaut, weshalb wir jetzt ein großes Problem haben, was total vermeidbar gewesen wäre und weshalb die körperliche und geistige Belastung für die Beschäftigten dramatisch gestiegen ist. ■



MV Werften in Wismar werden geschlossen: Kollegen werden arbeitslos, Bosse laufen mit vollen Taschen davon!

Rasmus Schad

Anfang Januar hat die (noch) viertgrößte Werftengruppe Deutschlands, die MV Werften mit Standorten in Wismar, Rostock und Stralsund Insolvenz angemeldet. Für die Kolleginnen und Kollegen ist es nur der nächste Brecher in stürmischer See. Seit 1991 war etwa der größte Standort in Stralsund im Eigentum von nicht weniger als 7 in- und ausländischen „Investoren“, und gelangte schließlich als Teil der MV Werften an die Genting Hong Kong, Teil der malaysischen Genting-Gruppe. Für die sollten in Mecklenburg, genauso wie in der ebenfalls zum Konzern gehörenden Lloyd-Werft Bremerhaven gigantische Kreuzfahrtschiffe für die neue Bourgeoisie Ostasiens gebaut werden.

Direkt von der Insolvenz betroffen sind knapp 2.000 Beschäftigte. Wie viele andere in der Zulieferindustrie, die im weitgehend deindustrialisierten Nordosten kaum andere Kunden finden werden, ihre Jobs verlieren, kann noch niemand absehen. Für die Menschen im ärmsten Bundesland Deutschlands, in dem tariflich abgesicherte, einigermaßen gut bezahlte Jobs ohnehin absolute Mangelware sind, ist das ein schwerer Schlag. Mit Verweis auf „vorrangigere Gläubiger“ wurde sogar versucht, die Auszahlung der Dezembergehälter zu verhindern oder wenigstens zu verschleppen.

Zwar zeigte sich der mittlerweile bestellte Insolvenzverwalter optimistisch, einen Abnehmer für das fast fertiggestellte Riesenprojekt „Global 1“, das mit 9.500 Passagieren das größte Kreuzfahrtschiff der Welt werden sollte, zu finden. Doch ist fraglich, wer aktuell Interesse daran haben sollte, nachdem der Auftraggeber, Mutterkonzern Genting Hong Kong am 19. Januar ebenfalls in Bermuda Insolvenz anmelden musste, unter anderem, da er 2,8 Mrd. Euro Verbindlichkeiten der MV Werften übernehmen musste.

Mecklenburg-Vorpommerns Regierung hatte bereits zuvor die Reißleine gezogen, und die Auszahlung von 88 Mio. Euro an Staatshilfen gestoppt, nachdem offensichtlich wurde, dass die Pleite unvermeidbar geworden war. Wie mittlerweile bekannt wurde, hat die Führungsetage Gentings wohl schon Anfang 2021 diese für unausweichlich gehalten, und eine Abwicklung geplant. Es ist also anzunehmen,

dass der Weiterbetrieb der Werften vor allem dazu diente, eben diese Staatshilfen noch abzugreifen, bevor man den Laden dichtmacht.

Diese Entwicklung sollte die Regierenden in Schwerin kaum überraschen. Bei jedem Eigentümerwechsel sprangen Land und Bund mit viel Geld in die Bresche, um eine Schließung der Werften zu verhindern und den Käufern einen Weiterbetrieb schmackhaft zu machen. So wurden hunderte Millionen Euro den verschiedenen Privatunternehmen hinterher geworfen, um gigantische schwimmende Casinos und ähnliches zu bauen, anstatt Wissen und Können der Arbeitenden dort in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Hunderte Millionen, die einmal mehr in den Schlund der Reichen und Besitzenden geflossen sind, statt der arbeitenden Bevölkerung zu nützen. Genting wollte verhindern, für den Dezember seine Gehälter auszuzahlen. Aber: Der Mutterkonzern Genting Hongkong, im Eigentum des superreichen Malaysiers Lim Kok Thai, ist in den Jahren 2014 bis 2019 von 6.260 auf 16.200 Mitarbeiter angewachsen und hatte bis 2019 satte Umsatzerlöse zu verzeichnen. Wenn die Gehälter angeblich nicht mehr ausbezahlt werden konnten – wo sind Gentings Gewinne hingegangen? Und warum muss die Insolvenz auf den Bermuda-Inseln beantragt werden?!

Das Schicksal der MV Werften ist ein weiteres gutes Beispiel, wie tief der deutsche Kapitalismus in der Krise steckt. Wichtige Industriezweige werden rücksichtslos verschertelt, der Staat greift den privaten Eigentümern unter die Arme, doch am Ende ihres Profitpokers steht der Ausverkauf, die Zerschlagung ganzer Betriebe und die Fortsetzung der Deindustrialisierung.

Nur die Arbeiterklasse kann die zerstörerische Deindustrialisierung beenden!

Und doch, es gibt eine Alternative zur Schließung! Würden die Werften unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter verstaatlicht und weitergeführt werden, könnten sie die Keimzelle für eine soziale und ökologische Wende für die Seefahrt sein. Fähren und Frachtschiffe mit ökologisch verträglichen Antrieben, Spezialschiffe für Forschung und

Windkraft, sichere und gute Arbeitsplätze für die Beschäftigten,... All das wäre im Bereich des Möglichen, würde man mit dem herrschenden System kapitalistischer Unvernunft brechen! Stattdessen bleiben satte Gewinne aus Dividenden und Beteiligungen aus den fetten Jahren in den Taschen von Eigentümern und Aktionären, und verschlossene Werkstore und leere Konten für die Arbeitenden. Die MV Werften haben ein weiteres Mahnmal der kapitalistischen Restauration in Ostdeutschland zu werden. ■



Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus! Abonniere die Offensiv!

Um ein Abo bei uns abzuschließen, besuch' unsere Website und klicke rechts unter „Zeitung“ auf den Reiter „Abonnement“ oder besuche den folgenden Link:

<https://offensiv.net/index.php/abonnement-abschliessen>



Werde aktiv!

Wenn du selbst aktiv werden oder mit uns in Diskussion treten willst, kontaktiere uns unter:



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-system gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossen und Genossinnen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

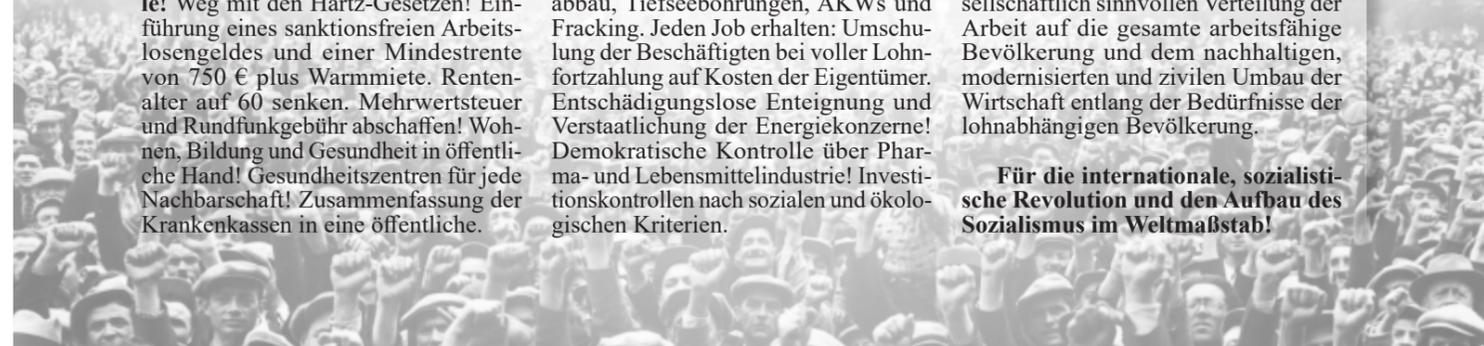
Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!



VERANSTALTUNGEN

Jede Veranstaltung findet im Haus Drei (Hospitalstraße 107, Altona) unter 2G-Bedingungen statt.

9. März: Frauen gegen den Kapitalismus

Wie Kapitalismus & Frauenunterdrückung zusammenhängt, und warum wir beides bekämpfen müssen.



16. März: Sexindustrie & Prostitution Ein marxistischer Standpunkt

Die sexuelle Ausbeutung der Frau & die Sexindustrie im Kapitalismus - Eine marxistische Position.



23. März: Buchvorstellung Das Kommunistische Manifest

In diesem Monat veröffentlichen wir unsere Ausgabe des wichtigsten politischen Werks des Marxismus.

*Das Buch kann auf der Veranstaltung erworben werden.



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp unter 0162 8359272 oder den Kontaktdaten auf Seite 15.

Offensiv
MARXISTISCHE ORGANISATION